

# Innovation, Zukunft und Wohlstand sichern

## Bundestagsbildungsausschuss



Kai Gehring MdB

**A**ls Bundestagsabgeordneter besuchen mich regelmäßig Schulklassen aus meinem Wahlkreis Essen in Berlin. Vor Kurzem wieder eine neunte Klasse eines Gymnasiums. Teil des Programms ist eine Diskussionsrunde, darin geht es um Tagespolitik, die Arbeit von Bundestagsabgeordneten, Demokratie sowie Anregungen und Zukunftswünsche der Schülerinnen und Schüler. Ein Thema, das viele der Neuntklässler beschäftigt, ist die Zeit nach der Schule. Sie wünschen sich »mehr und bessere Jobvorbereitung« und »Hilfe bei der Jobsuche«.

Unternehmen und Betriebe suchen aktuell in nahezu allen Branchen und Regionen dringend Fachkräfte. Auch in und bei den Freien Berufen ist der Fachkräftemangel enorm und muss dringend behoben werden, damit Innovations-, Zukunfts- und Wohlstandssicherung gelingen. Um die großen Herausforderungen wie Dekarbonisierung, demografischen Wandel und Digitalisierung erfolgreich zu meistern, müssen wir alle Potenziale heben und dürfen wir kein Talent zurücklassen.

Ausbildung und Studium sind gleichwertig und bieten hervorragende Zukunfts- und Karriereperspektiven. Laut dem aktuellen OECD-Report »Bildung auf einen Blick« ist die Beschäftigungsquote in Deutschland sowohl für Menschen mit Ausbildung als auch mit Studium sehr hoch. Die Ausbildung ist für junge Menschen attraktiv: 2023 lag die Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge bei 489.200 und ist zum dritten Mal in Folge gestiegen.

Damit sich dieser positive Trend fortsetzt, hat die aktuelle Regierungskoalition 2022 die »Exzellenzinitiative Berufliche Bildung« gestartet. Sie macht die berufliche Bildung attraktiver, sichtbarer, fördert innovative Ausbildungsformate und Internationalisierung. Für Gleichwertigkeit zwischen Studium und Ausbildung werden

erstmalig Begabtenförderwerke für Auszubildende geöffnet. Mit dem Programm »Junges Wohnen« investiert der Bund seit 2023 jährlich 500 Millionen Euro in moderne Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende.

### »Übergang besser organisieren.«

Ein weiterer Baustein zur Fachkräftesicherung ist, den Übergang von der Schule in die Ausbildung besser zu organisieren. Denn das gelingt laut Berufsbildungsbericht der Bundesregierung in vielen Fällen nicht: 2023 ist die Anzahl der unbesetzten Ausbildungsstellen auf 73.400 gestiegen, gleichzeitig blieben 26.400 Bewerberinnen und Bewerber unversorgt. Ein Grund, warum die Anzahl der abgebrochenen Ausbildungen zuletzt bei einem Höchstwert von 29,5 Prozent lag, sind sicher auch falsche Erwartungen.

Damit das »Matching« zwischen Auszubildenden, Betrieben und Unternehmen besser gelingt, müssen wir die Berufsorientierung ausbauen. Dazu gehört, an Gymnasien nicht nur für ein Studium, sondern auch für eine duale Berufsausbildung zu werben, um mehr Doppel-Akademiker-Kinder dafür zu begeistern. Der flächendeckende Aufbau von Jugendberufsagenturen muss



Auf Einladung von Kai Gehring MdB (Bündnis 90/ Die Grünen), Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages, traf sich der BFB-Arbeitskreis »Bildung und Fachkräfte« unter Leitung von Volker Kaiser, seinerzeitiger BFB-Vizepräsident sowie -Schatzmeister, der auch Vizepräsident der Bundessteuerberaterkammer ist, am 19. April 2023 im Deutschen Bundestag. Zehn Abgeordnete traten in einen intensiven Austausch mit über 20 Vertreterinnen und Vertretern der BFB-Mitgliedsorganisationen ein.

weiter voranschreiten. Einen elementaren Beitrag leisten zudem Initiativen wie der »Sommer der Berufsausbildung«, die jungen Menschen die Karriereperspektiven der Ausbildung verdeutlichen. Das Programm »VerAplus« steigert Ausbildungserfolge, indem Auszubildende mit Schwierigkeiten gezielt unterstützt werden. Solche Initiativen gelingen im Zusammenwirken von Politik mit Unternehmen, Betrieben, Kammern und Verbänden. Es ist gut, dass die Freien Berufe diese Initiativen als langjährige Partner tatkräftig unterstützen.

### »Fachkräftesicherung beginnt in der Schule.«

Fachkräftesicherung beginnt in der Schule. Jährlich verlassen zehntausende Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Die Zahl junger Menschen ohne Berufsabschluss ist zuletzt auf 2,9 Millionen gestiegen. Um dem entgegenzuwirken, werden mit dem neuen Startchancen-Programm in den kommenden zehn Jahren 4.000 Schulen in benachteiligten Quartieren besonders gefördert. Mit einem Volumen von 20 Milliarden Euro ist das Programm die größte Bund-Länder-Schul-Initiative in der Geschichte der Bundesrepublik. Etwa eine Million Schülerinnen und Schüler werden zukünftig an Startchancen-Schulen unterrichtet, die Mittel für moderne Lernräume, zusätzliche Stellen für multiprofessionelle Teams und ein Chancen-Budget erhalten, über das sie frei verfügen können. Diese Mittel können die Schulen auch für Maßnahmen zur beruflichen Orientierung einsetzen.

Das Startchancen-Programm fördert explizit auch Berufsschulen. Berufsschulen tragen wesentlich zum Erfolgsmodell der dualen Ausbildung bei und müssen moderne, qualitativ hochwertige Lernorte sein. Es ist daher wichtig, dass Bund und Länder im Pakt für berufliche Schulen seit diesem Jahr mit einem breiten Bündnis aus der Praxis an der Weiterentwicklung der beruflichen Schulen arbeiten.

Zur Fachkräftesicherung benötigen wir darüber hinaus zwingend Talente aus dem Ausland. Zugewanderte Fachkräfte leisten bereits jetzt hervorragende Arbeit. In den Freien Berufen hat sich die Anzahl der Azubis ohne deutschen Pass in den vergangenen 15 Jahren verdoppelt. Die Bedingungen, nach Deutschland zu kommen, müssen weiter verbessert werden – etwa durch beschleunigte Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen. Dass die Anzahl positiv beschiedener Anerkennungen 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent gestiegen ist, zeigt: Es geht voran.

Dieses Bündel aus Maßnahmen für eine attraktive, mit dem Studium gleichwertige Ausbildung, Berufsorientierung, guter Bildungspolitik und Fachkräftezuwanderung trägt dazu bei, die Fachkräftelücke nachhaltig zu schließen. ■

**Kai Gehring MdB** (Bündnis 90/Die Grünen) ist Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages.